

BAND
01

Handbuch der Kommunalpolitik

GRÜNDUNG UND ORGANISATION EINER ORTSGRUPPE

„Es ist nicht genug, zu wissen,
man muss auch anwenden;
es ist nicht genug, zu wollen,
man muss auch tun.“

(Johann Wolfgang Goethe)

GRÜNDUNG UND ORGANISATION EINER ORTSGRUPPE

Von der Selbstreflexion zur Mitgliedergewinnung



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort FPÖ-Obmann Herbert Kickl	6
Vorwort FBI-Präsident Axel Kassegger	7
Einleitung	9
1. BEDARFSERHEBUNG: Weiße Flecken auf der politischen Landkarte	10
<input checked="" type="checkbox"/> Checkliste Ortsgruppengründung	12
2. SELBSTREFLEXION: Gegenwind für politische Funktionäre	14
<input checked="" type="checkbox"/> Selbstcheck	16
3. KANDIDATENSUCHE: Mitgliedergewinnung und Entwicklung der Ortsgruppe	18
<input checked="" type="checkbox"/> Checkliste Mitgliedergewinnung	23
4. FÜHRUNGSPROBLEMATIK: Hohe Anforderungen	24
➔ Tipps Ortsgruppenführung	25
5. STOLPERSTEINE: Gefahren bei Mitgliederwerbung und Kandidatenauswahl	26
<input checked="" type="checkbox"/> Kandidatencheck	34
6. STRUKTURIERUNG: Ortsgruppengliederung und Aufgabenverteilung	35
➔ Tipps Aufgabenverteilung	41
7. MOTIVATION: Zusammenhalt der Mitglieder und Funktionäre	42
➔ Tipps gemeinschaftliche Aktivitäten	45
Ausblick auf den nächsten Band: Führung, Motivation und Teambuilding	46

Impressum

© 2025 2. aktualisierte Auflage
Freiheitliches Bildungsinstitut
Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit (FBI)
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
www.fbi-politikschule.at
Autor: Dietmar Heuritsch

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in den Publikationen des FBI das generische Maskulinum verwendet. In diesem Fall sind männliche wie weibliche Personen gleichermaßen angesprochen.

VORWORT

Herbert Kickl

Vorweg möchte ich mich bei allen bedanken, die sich in ihrer Gemeinde engagieren. Es gibt keine direktere und bürger- nähere Art der Politik.

Ihr seid die Visitenkarte unserer Gesinnungs- gemeinschaft vor Ort – bei allem, was Ihr tut.

Die Herausforderun- gen auf der Gemeinde- ebene sind viel- fältig und mehr

geworden. Jedes Gespräch, jeder Artikel, jeder Social-Media-Auf- tritt zählt. Gerade jetzt, da Freiheit und Grundrechte mehr und mehr beschnitten werden, seid Ihr als Speerspitzen freiheitlicher Politik vor Ort besonders gefordert.

Ich hoffe, dass dieses Handbuch einige spannende Anregungen be- inhaltet, und allen, die ganz neu in die Gemeindepolitik einsteigen, lege ich die Lektüre ganz beson- ders ans Herz.



Herbert Kickl
Bundesparteiobmann der
Freiheitlichen Partei Österreichs



VORWORT

Axel Kassegger

Das vorliegende Handbuch soll allen dienen, die sich in der Kom- munalpolitik betätigen, Profis wie Neulingen. Es ist von Praktikern für Praktiker geschrieben und soll dabei helfen, den Einsatz für De- mokratie und Meinungsfreiheit auf kommunaler Ebene bestmöglich zu fördern und zu unterstützen.

Mein Dank gilt allen mutigen und unabhängigen Kommunal- politikern, die aus ihrer Überzeu-

gung heraus Motivation schöpfen, sich für ein freies demokratisches Österreich einzusetzen. All je- nen, die sich für unsere Wertegemeinschaft, für die patriotische Sache, für Freiheit und Bürgerrechte, für Heimat und Traditionen ein- setzen, sei dieses Handbuch ge- widmet.



Hon. Prof. MMMag. Dr. Axel Kassegger
Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstituts



„Wettbewerbsvorteile durch Bildung.“

(Leitmotiv des Freiheitlichen Bildungsinstituts)

EINLEITUNG

Der erfolgreiche Funktionär

Stellen Sie sich vor: Sie sind Funktionär einer **politischen Partei** – einer jener Organisationen, die vom Gesetz definiert wird als „eine dauernd organisierte Verbindung, die durch gemeinsame Tätigkeit auf eine umfassende Beeinflussung der staatlichen Willensbildung ... abzielt.“

Stellen Sie sich vor, Sie gestalten aktiv die Zukunft Ihrer Gemeinde mit, stehen den Bürgern vor Ort zur Seite, bringen deren Anliegen ein und setzen sich dafür ein, dass gemeinsamen Ziele Wirklichkeit werden.

Schließlich soll die „organisierte Verbindung“ bei aller Freude an der „gemeinsamen Tätigkeit“ ja eben von Erfolg gekrönt sein.

Damit ist auch schon der Hauptzweck dieses kleinen „Handbuchs der Kommunalpolitik“, das nun-

mehr in zehn bündigen, praxisorientierten, didaktisch aufbereiteten Einzelbänden vorliegt, auf den Punkt gebracht.

Gedacht, ersonnen und geschrieben **von einem Praktiker für Praktiker**, gleich ob Anfänger, Fortgeschrittene oder Profis, soll es helfen, aus politischen Aktivisten erfolgreiche Funktionäre und aus der Gesinnungsgemeinschaft, der sie dienen, eine Erfolgspartei zu machen.

Wir wünschen Ihnen daher nicht nur gute Unterhaltung bei der Lektüre dieser ebenso kurzweiligen wie lehrreichen Bändchen, sondern auch viele Erfolgserlebnisse der Art, wie sie die hier bereitgestellten Erkenntnisse mit sich bringen können. Vorausgesetzt, man wendet sie an.

1. BEDARFSERHEBUNG: WEISSE FLECKEN AUF DER POLITISCHEN LANDKARTE



In den allermeisten Gemeinden in Österreich gibt es erfreulicherweise gut funktionierende und aktive Ortsgruppen der FPÖ. Dennoch existieren in fast allen Bundesländern noch sogenannte „**weiße Flecken**“, das heißt Gemeinden, in denen die FPÖ bisher noch nicht Fuß fassen konnte.

Ziel der Landes- und Bezirksorganisationen muss es sein, nach und nach die „weißen Flecken“ mit FPÖ-Stützpunkten und in weiterer Folge mit FPÖ-Ortsgruppen zu besetzen. Gelingt es nicht, **in**

jeder Gemeinde eine Ortsgruppe zu gründen und bei der Gemeinderatswahl zu kandidieren, werden Wähler enttäuscht und Stimmen liegengelassen. Es gibt das Phänomen, dass in einzelnen Gemeinden die FPÖ bei Landtags- und Nationalratswahlen regelmäßig überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen kann, auf Gemeindeebene aber gar nicht kandidiert. Dies führt zu einem Enttäuschungseffekt bei der Wählerschaft und es wird auf wertvolle Stimmen verzichtet.

Natürlich wissen wir, dass die Wähler teilweise deutlich zwischen Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene differenzieren und ihre Stimmen unterschiedlich vergeben. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass bei einem überdurchschnittlichen Landtags- und Nationalratsergebnis für die FPÖ in einer Gemeinde ein gutes Wählerpotential für die Gemeinderatswahl vorhanden ist.

Häufig ist es eine glückliche Fügung, dass sich in einer derartigen Gemeinde ein Aktivist bereit erklärt, eine FPÖ-Ortsgruppe

zu gründen. Das kann ein Parteimitglied sein, das im Ort neu zugezogen ist, oder jemand aus einer Freundesrunde, der durch die aktuelle politische Lage motiviert wurde, sich zu engagieren und der FPÖ beizutreten.

In einigen kleineren Landgemeinden gibt es auch wackere Einzelkämpfer, die jahrelang alleine die Fahne hochhalten, oft sogar als einzige Vertreter der FPÖ im Gemeinderat sitzen, denen es aber aus verschiedenen Gründen nie gelungen ist, die Gruppe zu erweitern und eine Ortsgruppe zu gründen.

„Ziel muss es sein, in jeder Gemeinde eine Ortsgruppe zu gründen und bei der Gemeinderatswahl zu kandidieren.“





CHECKLISTE ORTSGRUPPENGGRÜNDUNG



- ☑ Gibt es bereits eine Ortsgruppe?
- ☑ Ist sie groß genug, um selbstbewusst auftreten zu können?
- ☑ Wie sieht es mit Ortsgruppen in den Nachbargemeinden aus?
- ☑ Ist eine ortsruppenübergreifende Zusammenarbeit sinnvoll?

Während der **Gründungsphase** einer Ortsgruppe und auch für bereits bestehende, aber kleine Stützpunkte und Ortsgruppen ist es empfehlenswert, sich mit **Nachbarortsruppen** bzw. Nachbarstützpunkten organisatorisch und personell zusammenzutun. Man kann sich gegenseitig bei Aktionen unterstützen (Verteilaktionen, Bürgerstandln, Hausbesuche etc.), und auch ein Stammtisch ist motivierender, wenn 15 bis 20 Funktionäre aus benachbarten Orten zusammenkommen, als wenn aus der eigenen Gemeinde nur 5 Leute zusammentreffen.

Die Aktivitäten werden in diesem Fall abwechselnd in den Ortsgruppen stattfinden.

„Die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg stellt eine wunderbare Möglichkeit zum Gedankenaustausch, zur Ideenfindung und zur gegenseitigen Motivation dar. Es muss nicht jede Ortsgruppe das Rad neu erfinden.“

Wünschenswert ist es auch, wenn florierende, aktive und mitgliederstarke Ortsgruppen benachbarten Ortsgruppen aushelfen, die noch Unterstützung benötigen.

Bei dieser Gelegenheit sei angemerkt, dass die geschilderte ortsruppenübergreifende Zusammenarbeit oder „Nachbarschaftshilfe“ in vielen Bundesländern leider nur sehr schwach ausgeprägt ist. Viele Ortsgruppen fristen ein Dasein wie auf einer einsamen Insel und bekommen wenig davon mit, wie es bei den Nachbarn zugeht.

Dabei stellt diese **Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen** hinweg eine wunderbare Möglichkeit zum Gedankenaustausch, zur Ideenfindung und zur gegenseitigen

Motivation dar. Es muss dann auch nicht jede Ortsgruppe das Rad neu erfinden.

Um diese Zusammenarbeit zwischen den Ortsgruppen zu stärken, sind vor allem die Bezirksparteiobleute und die Bezirksgeschäftsführer gefragt.



2. SELBSTREFLEXION: GEGENWIND FÜR POLITISCHE FUNKTIONÄRE



Es muss uns klar sein, dass es speziell in kleinen Landgemeinden für viele FPÖ-Sympathisanten schwierig ist, sich als solche öffentlich zu bekennen. Stark ist der Gegenwind der jeweils tonangebenden Partei.

Es ist kein Einzelfall, dass Funktionäre der Opposition

vom örtlichen Polit-Establishment **unter Druck** gesetzt werden und Angst um den Arbeitsplatz haben müssen oder bei der Vergabe von Gemeindewohnungen, von Kinderbetreuungsstellen oder bei Grundstückswidmungen benachteiligt werden. Aber selbst wenn keine objektive

Benachteiligung ausgeübt wird, kann es zu sozialem Druck in Vereinen, in der Verwandtschaft oder in der Nachbarschaft kommen.

Sie brauchen also **psychisch stabile, mutige und unabhängige Persönlichkeiten**, um eine eigene Ortsgruppe an den Start zu bringen.

In größeren Städten, in denen weitgehende Anonymität herrscht, ist es persönlich schon viel einfacher, sich bei einer Oppositionspartei zu engagieren.

In Städten, Bezirksstädten oder gar Landeshauptstädten fällt es erfahrungsgemäß auch deshalb leichter, Funktionäre und Kandidaten zu rekrutieren, weil ein Sitz im Gemeinderat einer größeren Stadt üblicherweise mit einer gewissen finanziellen Dotierung verbunden ist, die für viele Menschen als Zusatzeinkommen attraktiv sein kann. Freilich ist davon auszugehen, dass dies für die



„Es braucht psychisch stabile, mutige und vom System unabhängige Persönlichkeiten.“

allermeisten Mandatare nicht der Hauptgrund für ein politisches Engagement in einer Stadt ist, aber eine finanzielle Entschädigung für den doch großen zeitlichen Aufwand wird sicher nicht als Nachteil gesehen.

In kleinen Landgemeinden ist das Sitzungsgeld für Gemeindevandatare äußerst niedrig und steht in keinerlei Verhältnis zu



SELBSTCHECK

- ☑ Schaffe ich es, mit gesellschaftlichem Druck umzugehen?
- ☑ Bin ich mir der (nicht) vorhandenen finanziellen Abgeltung bewusst?
- ☑ Finde ich in der Arbeit für die politische Überzeugung und für die Allgemeinheit Erfüllung?
- ☑ Fühle ich mich mutig und unabhängig?
- ☑ Möchte ich Aufbauarbeit leisten und andere motivieren?

dem auch am Land zeitaufwändigen politischen Engagement. Sehr viele Mandatare spenden überdies einen Großteil des Sitzungsgeldes, häufig sogar den gesamten Betrag, in die Ortsparteikasse.

Gleichzeitig werden Spenden, Einladungen oder Werbematerial aus der eigenen Tasche bezahlt. In dem Fall ist das politische Engagement tatsächlich ein finanzielles Verlustgeschäft für die einzelnen Ortspolitiker.

Sie arbeiten wahrhaftig zum Nulltarif für die Allgemeinheit und für ihre Gesinnungsgemeinschaft.

Die wahren **Helden der Kommunalpolitik** sind deshalb die Gemeindepolitiker in den kleinen Orten. Sie erleben mitunter die größte soziale Ächtung, setzen sich dem Druck der oftmals mit absoluter Mehrheit regierenden Bürgermeisterteilnehmerpartei aus – und nehmen noch finanzielle Nachteile in Kauf.



Nicht selten leidet durch den großen zeitlichen Einsatz auch das Familienleben, denn Freizeit ist oft fast ein Fremdwort für die meisten ehrenamtlichen Funktionäre.

Das alles tun sie für ihre politische Überzeugung, für die Gemeindebürger und die eigene Gesinnungsgemeinschaft.

„Selbstreflexion, sich selbst zu hinterfragen und zu analysieren, ist ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg – und unverzichtbar für eine gut funktionierende Zusammenarbeit im Team.“

3. KANDIDATENSUCHE: MITGLIEDERGEWINNUNG UND ENTWICKLUNG DER ORTSGRUPPE

Potentiale für FPÖ-Kandidaten stellen beispielsweise vor allem **Vereine** dar, die zumindest im weiteren Sinn eine Nähe zur freiheitlichen Weltanschauung haben.

Bezirksorganisationen der FPÖ sind gut beraten, die „Weiße-Flecken“-Gemeinden nach Mitgliedern dieser Vereine zu **durchkämmen** und diese für eine Mitarbeit zu motivieren.

Ist einmal mit einem oder zwei Funktionären in einer Gemeinde der Anfang gemacht, gilt es nun, die Gruppe zu erweitern. **Freunde, Verwandte, Nachbarn** und **Ar-**

beitskollegen werden dezent abgecheckt, ob sie für eine Parteimitgliedschaft und eine Mitarbeit in Frage kommen.

Jetzt kann erwidert werden, die FPÖ soll ja kein Beispiel für Vettern- oder Freunderlwirtschaft bieten. Andererseits ist es aber logisch und sinnvoll, die Mitgliederwerbung in seinem persönlichen Umfeld zu beginnen. Da ist ein Vertrauensvorschuss vorhanden und der persönliche Kontakt erleichtert die Überzeugungsarbeit.

Es ist auch die Frage zu stellen, wie ein Funktionär fremde Personen politisch überzeugen will, wenn ihm das nicht einmal im eigenen Umfeld gelingt.

Sinnlos ist es, Druck auszuüben. Nur wer wirklich **freiwillig**



„Wenn man mit Menschen zusammenarbeitet, mit denen man auch privat gerne auf ein Bier geht, macht Kommunalpolitik wirklich Spaß.“

und aus **Überzeugung** zur FPÖ kommt, wird als Mitglied und später als Mandatar wertvoll sein. Freilich kann eine anfängliche Skepsis mit guten Argumenten überwunden werden.

Idealerweise findet sich ein Kreis von **Gleichgesinnten**, die sich auch persönlich gut verstehen. Eine politische Zusammenarbeit, ein gemeinsames Engagement bei Wahlkampfaktivitäten oder Bürgerbetreuung mit Kameraden, mit

denen man zwar politisch, aber nicht persönlich harmoniert, kann aufreibend sein.

Wirklich Spaß macht Kommunalpolitik dann, wenn die Mandatäre **freundschaftlich verbunden** sind.

Zusammenarbeit mit Menschen, mit denen man nicht gerne auch mal privat auf ein Bier geht, ist eine schwierige Angelegenheit.

„Es ist wünschenswert, dass in der Ortsgruppe Repräsentanten aller Bevölkerungsschichten vertreten sind.“



Andererseits ist es wünschenswert, bewusst Mitglieder und Funktionäre aus unterschiedlichen sozialen Milieus sowie aus verschiedenen **Berufs- und Altersgruppen** zu gewinnen. Eine freiheitliche Ortsgruppe und in Folge eine FPÖ-Fraktion im Gemeinderat stellt im Idealfall ein Spiegelbild der örtlichen Gesellschaft dar.

Es ist wünschenswert, dass in der Ortsgruppe **Vertreter aller Bevöl-**

kerungsgruppen vertreten sind: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbstständige, Akademiker, Landwirte, Studenten, Hausfrauen, Pensionisten – die ganze Gemeinde soll in der freiheitlichen Ortsgruppe abgebildet sein. Nicht zuletzt ist es anzustreben, auch Vertreter aus **unterschiedlichen Orts- bzw. Stadtteilen** gezielt anzusprechen.

Für eine Gruppierung in der Gründungsphase sind derartige Fragen freilich ein Luxusproblem – oft ist man froh, überhaupt 10 bis 12 Mitglieder zu finden, gleichgültig aus welcher Berufs- oder Bevölkerungsgruppe sie kommen.

„Alleine ist man stark.
Gemeinsam unschlagbar.“



„Um einen reibungslosen Generationenwechsel zu gewährleisten, sollte jede Altersgruppe vertreten sein.“



Ab einer gewissen Größe ist die Ortsgruppenführung jedoch gut beraten, nach der geschilderten Systematik neue Mitglieder anzuwerben.

Immer wieder kommt es vor, dass eine Gruppe gleichaltriger Freunde, die häufig aus derselben sozialen Schicht stammen oder ähnliche Berufe ausüben, die Führung einer Ortsgruppe übernimmt. Das kann jahre- oder jahrzehntelang gut gehen. Dabei vergisst diese Gruppierung aber darauf, für **Nachwuchs** zu sorgen und neue Funktionäre anzusprechen. Man müsste ja dann auch Einfluss abgeben oder sich mit Jüngeren ärgern, die andere Ansichten haben. Die Gruppe wird älter und plötzlich haben Sie lauter 70-Jährige, welche die örtliche FPÖ darstellen. In dieser Phase ist es dann umso schwieriger, neue und jüngere Funktionäre zu finden. Wie viele

20-Jährige haben schon große Freude daran, in einer Gruppe von Senioren mitzuarbeiten?

Symptomatisch ist die Geschichte eines altgedienten, mittlerweile selbst ergrauten Funktionärs. Als negatives Lehrbeispiel erzählt er, wie sein Erstkontakt mit der Kommunalpolitik verlief: „Ich war gerade 23, als ich beschloss, mich in meiner Heimatstadt politisch zu betätigen. Große Vorfreude erfüllte mich, dachte ich an die Heldentaten, die ich in einer Gruppe engagierter ‚Reformpolitiker‘ vollbringen würde, zumal in einer Partei, die schon damals ein sehr frisches, jugendliches Image hatte. Umso überraschter war ich, als ich in ‚meiner‘ Stadtgruppe eine weit überalterte Riege von honorigen Herren in den Siebzigern antraf. Der zweitjüngste Funktionär war damals ein 45-jähriger Familienvater, alle anderen waren

„Nur wer wirklich freiwillig und aus Überzeugung zur FPÖ kommt, wird als Mitglied und später als Mandatar wertvoll sein.“



Generationenwechsel reibungslos ablaufen.

Was für die Generationen gilt, gilt auch für die Geschlechter. Wichtig ist es, auch auf Ortsebene

Pensionisten. Wir beide wurden vom hochbetagten Obmann regelmäßig als ‚unsere Jugend‘ tituliert.“

Da gehört schon eine Portion Idealismus dazu, sich als junger Mensch nicht abschrecken zu lassen. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe des Führungsteams, beizeiten für Parteinachwuchs zu sorgen. Jede Altersgruppe muss vertreten sein, dann wird auch ein

ne **weibliche Funktionäre und Kandidaten** aufzustellen. Freilich geht es dabei aber nicht um eine „Frauenquote“. Welche Frau, die auf sich hält, will schon eine Quotenfrau sein?

Aber schon alleine aus demokratiepolitischen Gründen sollen und müssen die Frauen, die über 50 % der Bevölkerung stellen, ermuntert werden, politisch „mitzumischen“.

CHECKLISTE MITGLIEDERGEWINNUNG

- Welche Vereine eignen sich, um Mitglieder anzuwerben?
- Ist jede Altersgruppe in meiner Ortsgruppe vertreten?
 - Jugend
 - Berufstätige
 - Senioren
- Welche mir bekannten Menschen kann ich motivieren, meiner Ortsgruppe beizutreten?
- Sind auch Frauen gut vertreten?
- Wer aus meinem direkten Umfeld kommt in Frage?
 - Freunde
 - Verwandte
 - Nachbarn
 - Arbeitskollegen
- Gibt es integrierte Migranten, die ich einbinden kann?

Nicht zuletzt die Gruppe der gut integrierten Migranten kann – vor allem in den größeren Städten – eine interessante Zielgruppe sein, um das Mitgliederspektrum zu erweitern.

Die aktive und gezielte **Mitgliederwerbung** soll fester Bestandteil aller schriftlichen und elektronischen Kommunikationsmittel sein. Es ist sinnvoll, in jedem Dialog, auf einer Ortsgruppenhomepage und auf Social Media das Thema

Neubeitritte bzw. Mitgliederwerbung aktiv anzusprechen.

Dies kann in Form einer (symbolischen) Antwortkarte oder eines Buttons mit dem Slogan „Ja, ich will bei der FPÖ mitmachen ...“ erfolgen.

Außerdem empfiehlt es sich, die Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Social Media-Account, Web-Adresse) der wichtigsten Ansprechpartner in der Ortsgruppe regelmäßig bei allen Gelegenheiten zu kommunizieren.



4. FÜHRUNGSPROBLEMATIK: HOHE ANFORDERUNGEN

Ist es gelungen, eine Ortsgruppe nach den geschilderten Gesichtspunkten aufzubauen und haben Sie Mitglieder und Funktionäre mit unterschiedlichen Berufen und Bildungshintergründen, aus verschiedensten Altersgruppen, aus sämtlichen Ortsteilen und mit einem attraktiven Frauenanteil „zusammentrommeln“ können, beginnen die nächsten Schwierigkeiten:

Die Führung einer Gruppe, die bewusst inhomogen zusammengestellt wurde, ist nicht unproblematisch. Sind doch die inhaltlichen Zugänge, die Lösungsansätze, die

Methoden der Entscheidungsfindung etc. höchst unterschiedlich und Spannungen und Konflikte dadurch vorprogrammiert.

Es ist anzunehmen, dass ein Fabrikarbeiter bei einigen Themen andere inhaltliche Zugänge hat als beispielsweise der Besitzer einer Autowerkstätte, und ein Landwirt mitunter eine andere **Diskussionskultur** pflegt als ein Rechtsanwalt.

Und ein Mitglied aus dem Stadtteil A wird einzelne Fragen der örtlichen Verkehrspolitik vielleicht völlig konträr zu einem Mitglied aus dem Stadtteil B sehen.

„Die gemeinsamen Werte, der gemeinsame Einsatz für die patriotische Sache, für Freiheit und Bürgerrechte, für Heimat und Traditionen bilden eine positive Klammer und helfen, Unterschiede abzubauen.“

Auf die Führungsproblematik ehrenamtlicher Kommunalpolitiker wird im Rahmen dieser Schriftenreihe noch an anderer Stelle eingegangen werden.

Doch es sei hier vorweggenommen, dass die Anforderungen an einen Ortsobmann oder eine Ortsobfrau als Führungspersönlichkeit hoch sind.

Es ist anzustreben, dass die gemeinsamen Werte, der gemeinsame Einsatz für die Sache, für Freiheit und Bürgerrechte, für Heimat und Traditionen eine positive Klammer bilden, die die Funktionäre zusammenschweißt und hilft, Konflikte zu vermeiden, die durch unterschiedliche Milieus, Bildungswege oder Generationszugehörigkeiten entstehen können.



TIPPS ORTSGRUPPENFÜHRUNG

- ➔ Bewusstsein für die Unterschiede und verschiedenen Interessen der Mitglieder
- ➔ Hochhaltung der gemeinsamen Werte
- ➔ Pflege des Gemeinschafts-sinns und Wir-Gefühls
- ➔ Erfolge gemeinsam feiern
- ➔ Transparente und wertschätzende Kommunikation
- ➔ Stete Motivation der Mitarbeiter/Mitglieder

5. STOLPERSTEINE: GEFAHREN BEI MITGLIEDER- WERBUNG UND KANDIDATEN- AUSWAHL

Bei der Werbung neuer Mitglieder und potentieller Funktionäre sind **Sorgfalt** und **Menschenkenntnis** erforderlich und angebracht. Nicht jeder Gemeindeglieder ist dazu geeignet, die Gesinnungsgemeinschaft zu repräsentieren und in einer örtlichen politischen Gemeinschaft mitzuarbeiten.

„Nicht jeder ist dazu geeignet, die Freiheitliche Partei zu repräsentieren und in einer politischen Gemeinschaft mitzuarbeiten.“

Da gibt es einmal die Konjunkturritter. Die kommen meist dann zur Partei, wenn es gut läuft und die Freiheitliche Partei im Auf-

schwung ist. Gerade in Zeiten einer Regierungsbeteiligung wird diese Gruppe angezogen wie Moten vom Licht. Immer dann, wenn es etwas zu verteilen gibt, Posten zu besetzen sind oder Aufträge vergeben werden, stellen sich die Konjunkturritter an. Wenn es „in“ ist, sich zur FPÖ zu bekennen, ist es einfach, neue Mitglieder zu gewinnen. Viele Menschen sind eben gerne auf der Siegerseite.

Häufig sind diese aber kein echter Gewinn für die Partei. Wenn es einmal nicht so gut läuft, sind diese Glücks- und Konjunkturritter meist ebenso schnell weg, wie sie vorher dazugekommen sind.

Zu dieser Kategorie zählen auch Aktivisten, die bereits bei mehreren anderen Parteien waren, dort aber nicht die erwünschte Karriere gemacht haben und es dann bei der Freiheitlichen Partei probieren.



„Verhalten und Einstellung der Mitglieder und Kandidaten tragen entscheidend zum Ruf einer Partei bei. Diese Tatsache sollte bei der Auswahl mit berücksichtigt werden.“



„Wir suchen kein Föhnchen im Wind, sondern Menschen, die ihrer Überzeugung treu bleiben.“

Das heißt natürlich nicht, dass man nicht gescheitert werden kann. Etliche engagierte und aufrechte Gemeindefunktionäre waren in früheren Jahren einmal beim politischen Mitbewerber und haben – weil sie mit ihrer alten Partei unzufrieden waren – aus ehrlicher Überzeugung die Seiten gewechselt. So jemand sollte auch Ihnen willkommen sein.

Aber Opportunisten, die zuerst bei der einen Partei waren, dann bei einer anderen und schließlich sogar bei einer dritten und jetzt ihr Glück bei der FPÖ suchen, sollte man weder für eine Funktion noch für ein Mandat vorsehen.

Das gilt natürlich auch für abtrünnige Ex-Funktionäre, die aus der FPÖ ausgetreten sind, um woanders schneller Karriere zu machen, und nun wieder zurück zur Freiheitlichen Partei wollen. Wer einmal illoyal geworden ist, kann es wieder werden, wenn sich der Wind dreht. Freilich gibt es auch hier Ausnahmen.

Eine eigene Gruppierung stellen auch die sogenannten „**partei-freien**“ **Kandidaten** dar. Das sind Leute, die wohl auf einer Parteiliste kandidieren wollen, sich aber nicht zu einem Parteibeitritt entschließen können.

In manchen Bundesländern wie Vorarlberg und Tirol hat diese Praxis durchaus Tradition. Aus Parteisicht muss man aber die Frage stellen, was einen Bürger bewegt, zwar für eine Parteiliste anzutreten, aber nicht der Partei beizutreten. Sind es Vorbehalte, die früher

oder später ans Licht kommen? Will man Distanz demonstrieren?

Erfahrungsgemäß sind das häufig unsichere Kantonisten, die umfallen, wenn es hart auf hart geht. Es mag im Einzelfall Gründe dafür geben, auf einer Parteiliste parteifreie Kandidaten antreten zu lassen, wünschenswert ist es in der Regel nicht. Die Parteilisten sind meist die Ersten, die umfallen, wenn es zu Abstimmungen mit ideologischem Hintergrund kommt. „Man will es sich eben nicht mit dem (regierenden) Bürgermeister vertun“, kann man dann hören.

Regelmäßig kommt es auch vor, dass Aktivisten von **Bürgerinitiativen** bei einer Partei andocken wollen, da sie sich von dieser am ehesten vertreten fühlen oder versuchen, die freiheitlichen Mandatäre vor ihren Karren zu spannen. Einerseits kann das nützlich sein, da ein Obmann einer Bürgerinitiative im Idealfall viele Wähler aus dem Kreis seiner Mitkämpfer

„Gefragt ist Mut – zu konstruktiver Kritik und zur Aufdeckung von Missständen.“



„Wir brauchen lösungsorientierte Kandidaten, die sich nicht auf das Problem fokussieren, sondern auf das Ziel und die dahin führenden Schritte.“



bringt. Andererseits besteht die Gefahr, dass solche Aktivisten die Werte der FPÖ bestenfalls zum Teil vertreten und im Zweifel sich eher ihrer Bürgerinitiative und deren Zielen und nicht der FPÖ verpflichtet fühlen.

Hier ist eine sorgfältige **Nutzen-Gefahren-Abwägung** seitens der Ortsgruppenführung erforderlich, ob solche Funktionäre eher nutzen oder eher schaden können.

Eine weitere Gruppe, die sich vor allem von Oppositionsparteien angezogen fühlt, sind notorische Nörgler oder **Querulanten**. Leute,

die aus Prinzip gegen alles sind, die mit sich selbst und ihrem Leben unzufrieden sind und dabei kaum konstruktive Beiträge leisten können, finden sich in allen Parteien.

Dass der ortsbekannteste Querulant nicht gerade einen Sympathieträger darstellt, liegt auf der Hand. Wer wählt schon Politiker, die immer negativ sind und keine konstruktiven Lösungen bieten?

Speziell als Oppositionskraft muss die FPÖ herrschende Missstände aufzeigen, dort Kritik üben, wo es angebracht ist – und gleichzeitig **Lösungen** aufzeigen, **Hoffnung** geben und die Menschen **motivieren**. Das können Nörgler und Querulanten nicht.

Auch als Gruppenmitglied sind solche Leute oft sehr schwierig, da sie kaum teamfähig sind und meist nur ihren eigenen Standpunkt akzeptieren.

Es spricht nichts dagegen, derartigen Menschen die Partei-

mitgliedschaft zu gewähren. Als Funktionäre und Mandatare hingegen sind sie ungeeignet.

Dass Extremisten nichts bei der FPÖ verloren haben, versteht sich von selbst. Wer sich nicht aus vollem Herzen zur Republik Österreich und zur Demokratie bekennt, kann kein Mitglied sein.

Auch Dampfplauderer, Angeber, notorische Schürzenjäger oder hemmungslose Zecher sind keine Aushängeschilder für eine Gesinnungsgemeinschaft.

Gerade in kleinen Gemeinden, in denen jeder jeden kennt, sind korrektes Auftreten und ein solider Lebenswandel wünschenswert, da auch privateste Dinge

„Sind der Wunsch und die Fähigkeit vorhanden, Menschen zu motivieren?“

nur allzu leicht an die Öffentlichkeit gelangen. Jeder Mandatar und Funktionär muss sich bewusst sein, dass er in allen Lebenslagen und an allen Orten ein **Repräsentant der FPÖ** ist und von der Öffentlichkeit und vom politischen Gegner nur allzu kritisch beobachtet wird.

Auf die positiven Anforderungen an einen Kandidaten wird an anderer Stelle dieser Schriftenreihe eingegangen werden.





„Bei der Rekrutierung neuer Funktionäre muss sich die Ortsgruppenführung vergewissern, dass die in Frage kommenden Personen nicht angreifbar sind.“

Bei der **Rekrutierung** neuer Funktionäre und der **Aufstellung** von Wahlwerbern muss sich die Ortsgruppenführung vergewissern, dass die handelnden Personen nicht angreifbar sind. Ist die FPÖ in einer Gemeinde im Aufwind, stellt das für die dominierende Partei oder das etablierte Parteiensystem eine Bedrohung dar. Keine Partei will Mandate an den Mitbewerber verlieren, kein Mächtiger lässt sich gerne auf die Finger schauen oder in die politische Suppe spucken.

Leider müssen viele neue Kandidaten die Erfahrung machen,

dass sie vom herrschenden Bürgermeister und seiner Partei unter **Druck** gesetzt werden. Es kommt immer wieder vor, das hoffnungsfrohe Wahlwerber diesem Druck nicht standhalten und ihre Kandidatur widerrufen. Oftmals wird dieses Spiel sogar über die **Dienstgeber** eines Kandidaten gespielt. Denn wer opfert schon seinen Arbeitsplatz für ein ehrenamtliches politisches Engagement?

Beruflich etablierte und wirtschaftlich unabhängige Kandidaten haben es da sicherlich leichter, sich zu einer Partei zu bekennen.



Andererseits ist davon auszugehen, dass die politischen Gegner jeden Konkurrenten durchleuchten und nach **Angriffspunkten** und **Schwachstellen** suchen werden. Deshalb ist es unerlässlich, dass ein Kandidat „sauber“ ist. Wer „Leichen im Keller“ hat, muss sich gut überlegen, ob er für ein politisches Amt geeignet ist.

In Frage kommen hier: Schulden beim Finanzamt oder Beitragsrückstände bei der Krankenkasse, hohe Bankschulden und allgemein wirtschaftliche Probleme, eine nicht-angemeldete Putzfrau, Drogen- oder Alkohol-

probleme usw. Kurzum: jeder Lebenswandel, der sich skandalisieren lässt.

Sie müssen davon ausgehen, dass dem politischen Gegner derartige Probleme nicht verborgen bleiben, und jeder noch so kleine Makel gegen Ihren Kandidaten verwendet werden wird.

Auch Medien, die der FPÖ ausschließlich kritisch gesonnen sind, werden alle Schwachstellen, und seien sie noch so privat, bedenkenlos ausschlichten, während sie bei



„Bei der Kandidatenauswahl ist eine sorgfältige Nutzen-Gefahren-Abwägung erforderlich, ob ein Anwärter eher nutzen oder schaden könnte.“



Politikern der Mehrheitsparteien gerne mal wegschauen und mithelfen, Sünden zu vertuschen.

In ganz besonderem Maße gilt das Gebot, Angriffsflächen in Zusammenhang mit den **sozialen Medien** zu vermeiden. Manche Menschen lassen sich auf Facebook oder anderen Internet-Plattformen zu Äußerungen hinreißen, die gegen sie verwendet werden können oder sogar strafrechtliche Relevanz haben.

Ein ehrlicher „Weiße-Westen-Check“ liegt daher nicht nur im Interesse des Kandidaten, sondern auch der Partei, die ihn nominiert. Und selbst, wenn der Gegner versichert, die Kenntnis über eine Verfehlung „nie und nimmer“ nutzen zu wollen, so macht dieses Wissen Ihren Kandidaten doch jederzeit erpressbar. Selbst der größte Hoffnungsträger verliert seinen Wert,

wenn die Befürchtung besteht, es müsste das Stillhalten einmal mit Stimmverhalten erkaufte werden.

KANDIDATENCHECK

- Konjunkturritter?
- Opportunist?
- Parteilfreier?
- Aktivist mit anderen Zielen?
- Nörgler und Querulant?
- Extremist?
- Dampfplauderer, Angeber?
- Schürzenjäger, Trinker...?
- Angreifbar?
- Verfängliche Äußerungen in den sozialen Medien?



6. STRUKTURIERUNG: ORTSGRUPPENGliederung UND AUFGABENVERTEILUNG

Die **Gliederung** und die **Aufgaben** einer Ortsgruppe sind in den jeweiligen Satzungen der Landesparteien festgelegt. Es wird empfohlen, sich diese zu besorgen und dort nachzuschlagen.

Im Rahmen der weiteren Ausführung unterscheiden wir

zwischen „Funktionär“ und „Mandatar“.

Der **Funktionär** ist der Inhaber einer Parteifunktion (Ortsparteiobmann, Stellvertreter etc.), der von den Parteimitgliedern im Rahmen eines Ortsparteitages gewählt wird.



Ein **Mandatar** ist der Inhaber eines öffentlichen Amtes (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadtrat, Gemeindevorstand, Gemeinderat/Gemeindevetreter), in das er im Rahmen einer öffentlichen Wahl (oder einer Abstimmung im Gemeinderat/in der Gemeindevetretung) gewählt wird.

Ist die Freiheitliche Partei Österreichs im Gemeinderat vertreten, ist es empfehlenswert, die Inhaber der **höchsten Parteifunktionen** mit den **wichtigsten Gemeindevorständen** zu betrauen.

Das heißt: Hat die FPÖ zum Beispiel einen Vizebürgermeister und einen Stadtrat, so empfiehlt es sich, dass der Stadtparteiobmann

Vizebürgermeister wird und der Obmann-Stellvertreter den Stadtratssitz übernimmt.

Gibt es für die FPÖ einen Sitz im Gemeindevorstand zu besetzen, soll der Ortsobmann Mitglied des Gemeindevorstands werden und sein Stellvertreter Obmann der Gemeinderatsfraktion.

Hat die FPÖ nur einen einzigen „Gemeinderat“, muss diese Funktion unbedingt der Ortsobmann übernehmen.

Ein Ortsobmann, der einem anderen den Sitz im Gemeindevorstand/Gemeindevorstand überlässt, ist zur Bedeutungslosigkeit verdammt. So ein Zustand ist nur im Rahmen einer Übergangszeit, bei-

„Der jeweils höchste Parteifunktionär soll auch das höchste zu vergebende Mandat ausüben.“

spielsweise nach einem Obmannwechsel während einer Wahlperiode akzeptabel.

In der öffentlichen Wahrnehmung und für die Medien sind nur gewählte Mandatsträger interessant, während reine Parteifunktionäre ohne öffentliches Amt für die Öffentlichkeit und die Medienvertreter kaum Bedeutung haben.

Durch diese Regelung, dass der jeweils höchste **Parteifunktionär (Obmann)** stets das höchste zu vergebende **Mandat** ausübt, ist gewährleistet, dass die Interessen und Ziele der Partei besser gewahrt bleiben.

Die Praxis hat gezeigt, dass es vorkommen kann, dass Gemeindevorstände, Stadträte oder Vizebürgermeister, die nicht ausreichend in die Parteistruktur eingebunden sind, immer wieder eine „politische **Eigendynamik**“ ent-



wickeln und sich nur mehr dem Amt oder gar dem gegnerischen Bürgermeister verpflichtet fühlen. Sie verstehen sich dann als Teil des örtlichen Machtapparats oder gehen inhaltlich in der Sachfunktion (beispielsweise als Stadtrat für Verkehr, für Bauwesen oder für Wasser- und Kanalwesen) auf, während sie die Werte, Interessen und Positionen der Partei vergessen.

Stellt die FPÖ den Bürgermeister, ist es naheliegend und empfehlenswert, dass der Bürgermeister gleichzeitig Stadt- bzw. Ortsparteiobmann ist.

„Ein Funktionär ist der Inhaber einer Parteifunktion, ein Mandatar der Inhaber eines öffentlichen Amtes.“



Ist dies nicht der Fall, könnten zwei Machtzentren entstehen, die teilweise unterschiedliche Interessen vertreten und möglicherweise verschiedene Prioritäten setzen. Das kann nicht im Sinne des Parteiganges sein.

Eine weitere Möglichkeit, die Ortspartei auch nach Aspekten der Außenwirkung zu strukturieren, ist die Schaffung eines Bereichssprecher- bzw. Referentensystems.

In diesem Fall werden Mandate und andere Funktionäre mit den Aufgaben eines Bereichssprechers betraut. Gerade für Funktionäre/Mitglieder, die über kein Mandat verfügen, wirkt das zusätzlich motivierend.

Es besteht die Möglichkeit, das Sprechersystem nach **Bevölkerungsgruppen** zu gliedern:

- Frauen
- Familien
- Arbeitnehmer
- Unternehmer
- Landwirte
- Jugend
- Senioren
- Migrantinnen
- usw.

Eine andere Gliederungsmöglichkeit ist die nach **Sachthemen**, wobei hier wiederum eine Einteilung gemäß den Ausschüssen im jeweiligen Gemeinderat über-

„Eine Ortsgruppe kann echtes Spezialwissen für wichtige kommunale Themengebiete entwickeln.“

legenswert ist. Dann gibt es beispielsweise Sprecher für:

- Gemeindefinanzen
- Wirtschaft
- Soziales
- Wohnen
- Infrastruktur
- Straßenbau
- Bauangelegenheiten
- Wasser- und Kanalwesen
- Umwelt
- Kultur
- Landwirtschaft
- Raumordnung
- Schulen und Kindergärten
- Fremdenverkehr
- Jugend und Sport
- Sicherheit
- Krisenvorsorge
- usw.

Die Betrauung einzelner Funktionäre mit einer Sprecherfunktion wird sinnvollerweise mit der passenden Vorbildung, der beruf-

lichen Tätigkeit, der familiären Situation beziehungsweise der Generationszugehörigkeit in Zusammenhang gebracht.

Bei den Gemeindemandataren wird auch die Tätigkeit in den jeweiligen **Ausschüssen** ein plausibles Kriterium für die Ausübung einer Partei-Sprecherfunktion sein.

Der Einsatz als Bereichssprecher für einen der geschilderten Themen- oder Zielgruppenbereiche soll die Funktionäre motivieren, sich in den eigenen Res-





sorts **weiterzubilden**, Wissen und Informationen zu sammeln und sich mit Bereichskollegen aus anderen Ortsgruppen und mit passenden Ansprechpartnern in der jeweiligen Landesgeschäftsstelle abzustimmen und auszutauschen.

Im Idealfall entwickelt damit eine Ortsgruppe ein echtes **Spezialistenwissen** für die wichtigsten kommunalen Themengebiete, was wesentlich zur Professionalisierung freiheitlicher Kommunalpolitik beiträgt.

„Gut ausgebildete Mitglieder in Sprecherfunktion unterstreichen die Professionalität der freiheitlichen Kommunalpolitik.“

Die Bereichssprecher können ihr Wissen auch im Sinne eines aktiven **Bürgerservices** interessierten Bürgern in Form von Sprechstunden oder eines Blogs anbieten.



„Innovative Ideen zur Weitergabe von Wissen stärken die Nähe zum Bürger.“

TIPPS AUFGABENVERTEILUNG



- ➔ Satzungen der jeweiligen Landesorganisation nachlesen
- ➔ Termin Ortsparteitag und Tagesordnungspunkte überlegt aufstellen
- ➔ Ortsparteileitung und Rechnungsprüfer sinnvoll besetzen
- ➔ Weiterbildung fördern, Experten ausbilden
- ➔ Gemeinderatsmandate mit den höchsten Ortsgruppenfunktionären besetzen
- ➔ Machtzentrenbildungen mit unterschiedlichen Interessen vermeiden
- ➔ Bereichssprechersystem einführen
- ➔ Aktives Bürgerservice anbieten

7. MOTIVATION: ZUSAMMENHALT DER MITGLIEDER UND FUNKTIONÄRE

Eine wichtige Aufgabe des Ortsobmanns und des gesamten Führungsteams ist die **Motivation** und **Betreuung** der Mitglieder und der ehrenamtlichen Funktionäre und Mandatäre.

Nur durch **regelmäßigen Kontakt** können Freundschaften und Kameradschaft entstehen. Die Ortsobleute sollen aktiv auf die Mitglieder zugehen und ihnen

auch bei privaten oder beruflichen Sorgen und Nöten beistehen.

Gute Gelegenheiten für eine regelmäßige Kontaktpflege stellen monatliche **Stammtische** dar. Dazu kommen **Fraktionsbesprechungen**, zu denen neben den Mandatären auch interessierte Mitglieder eingeladen werden, und sonstige **informelle, gesellige Treffen**.

Auch gemeinsam besuchte gesellschaftliche Veranstaltungen in der Gemeinde, Weiterbildungsmaßnahmen (Rhetorik- und Kommunikationsseminare, Ortsgruppenseminare etc.) und der gemeinsame Besuch von Bezirks- und Landesveranstaltungen stärken den Zusammenhalt.

Im Idealfall werden auch die Familien der Mitglieder und Funktionäre/Mandatäre miteinbezogen. Bei gemeinsamen Wanderungen, Ausflügen und sonstigen Aktivitäten zusammen mit den Partnern und

„Aufrichtiges, persönliches Interesse ist die Grundlage für starken Zusammenhalt.“



„Nur durch regelmäßigen Kontakt können ein Gemeinschaftsgefühl und Kameradschaft entstehen.“



Kindern entstehen Gemeinschaftsgeist und das Gefühl, in der Gesinnungsgemeinschaft gut aufgehoben und geborgen zu sein.

Für ehrenamtliche Mitarbeiter muss ein **menschlicher** und ideeller **Mehrwert** und Nutzen geboten werden, damit es attraktiv ist, bei den Freiheitlichen mitzumachen.

Gemeinschaftsgeist, Kameradschaft und das **Gefühl**, einer interessanten, geselligen und freundschaftlich verbundenen Gruppe anzugehören, die zusammen in der Gemeinde etwas bewegt, sind sicher für die allermeisten Menschen höchst motivierende Faktoren.

Für den Großteil der freiheitlichen Aktivisten ist natürlich das gemeinsame Eintreten für das Wohl der Bürger und für Werte wie Heimat, Freiheit und Gerechtigkeit sinnstiftend und motivierend.

Deshalb ist es für das Führungsteam wichtig, sich nicht ausschließlich mit kommunalpolitischen Themen zu befassen, sondern die gemeinsamen **Werte** und **Ziele** immer wieder zu betonen.

Es ist den Mitgliedern und Funktionären regelmäßig in Erinnerung zu rufen, wofür sie eintreten und wofür sie kämpfen.



„Persönliche Differenzen weichen, wenn das gemeinsame Ziel im Mittelpunkt steht.“

Wenn die gemeinsamen Ziele und Werte in den Mittelpunkt rücken, können auch mögliche persönliche Differenzen oder unterschiedliche sachpolitische Positionen überbrückt werden.



TIPPS GEMEINSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN

- ➔ Monatliche Stammtische
- ➔ Fraktionsbesprechungen
- ➔ Gemeinsamer Besuch gesellschaftlicher Veranstaltungen in der Gemeinde
- ➔ Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen
- ➔ Gemeinsames Anstoßen auf Erfolge, Geburtstage, Familienzuwachs...
- ➔ Gemeinsamer Besuch von Landesveranstaltungen
- ➔ Wanderungen mit Partnern und Familien
- ➔ Ausflüge (per Rad, Schiff, Bus... zu Ausstellungen, zum Schifahren...)
- ➔ Sportturniere (Kegeln, Darts, Karten, Eisstockschießen...)
- ➔ ... und vieles mehr!

AUSBLICK AUF DEN NÄCHSTEN BAND: FÜHRUNG, MOTIVATION UND TEAMBUILDING

Im nächsten Band geht es um die Herausforderungen bei der Führung von Teams in der Kommunalpolitik. Es wird sehr konkret auf die Anforderungen an einen Ortsgruppenobmann oder eine Ortsgruppenobfrau eingegangen und auf die Herausforderungen, denen man sich in einer solchen Position stellen muss. Es geht um Konfliktmanagement und Motivationsmaßnahmen.

Leitfragen sind: Wie geht man mit Konfliktpotentialen innerhalb

der Ortsgruppe um und wie kann man sie aus der Welt schaffen? Welche Führungsstrategie ist bei ehrenamtlichen Mitstreitern sinnvoll und erfolgsbringend? Was ist überhaupt ein Team und was sind die Merkmale eines erfolgreichen Teams? Und wie schafft man es, sowohl eine gut koordinierte Zusammenarbeit als auch ein intaktes Wir-Gefühl herzustellen und zu fördern?



Auf die Herausforderungen bei der Führung eines Teams von Ehrenamtlichen wird in Band 2 dieser Schriftenreihe eingegangen.



HANDBUCH DER KOMMUNAL- POLITIK: DIE ÜBERSICHT



Band 1



Band 2



Band 3



Band 7



Band 8



Band 9



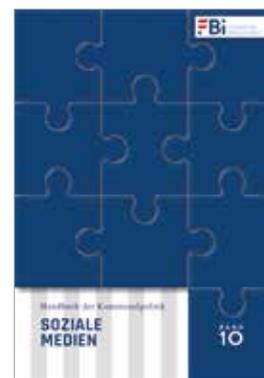
Band 4



Band 5



Band 6



Band 10



Zusatzband 1

Das Freiheitliche Bildungsinstitut Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit

Das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI) ist einer freiheitlich aufgeklärten Weltanschauung verpflichtet, Ansatzpunkt und die Grundlage der Bildungsarbeit ist das Bild des mündigen Bürgers.

In Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Experten vermitteln wir Wissen und Einsichten in politische, kulturelle, wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Themen auf nationaler und internationaler Ebene.

Das breite Angebot umfasst Schulungsprogramme und berufs begleitende Akademien, Publikationen, Podcasts und Dokumentarfilme, eine Präsenzbibliothek und ein Archiv sowie ein zweisprachiges Weblexikon über die Geschichte des nationalliberalen Lagers und der FPÖ.

Das FBI richtet sich an alle österreichischen Staatsbürger mit dem Ziel, die Mitbestimmung und Mitwirkung an demokratischen Prozessen in Österreich zu fördern, das Niveau politischer Diskurse und Entscheidungsgrundlagen zu heben und einen politischen Stil, der Pluralität, Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit zulässt, zu fördern und zu etablieren.

Informieren Sie sich über unser Angebot und unsere Aktivitäten:

 www.fbi-politikschule.at

 www.youtube.com/freiheitlichesbildungsinstitut

  /FreiheitlichesBildungsinstitut

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.





Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit